

VORTRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARMIN LASCHET

Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

14. DEZEMBER 2006

www.kas.de

„Integration und Demographie – die neue soziale Frage“

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe *ZukunftsBlicke*

Lieber Wilhelm Staudacher,
Exzellenzen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einem halben Jahr hat die erste Veranstaltung in der Reihe Zukunftsblicke stattgefunden. Ich bin froh, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung dieses besonders wichtige Thema ziemlich am Beginn dieser Reihe, die ja erst im Aufbau ist, in den Mittelpunkt gerückt hat.

Liebe Gäste aus Russland, beim letzten Petersburger Dialog mit Angela Merkel und Wladimir Putin gab es eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Das zeigt seine Bedeutung. Es ist ein Thema von europäischer Dimension, vielleicht von noch größerer.

Wenn man von der „neuen sozialen Frage“ spricht, müsste ja die erste Überlegung sein, welches denn die alte soziale Frage gewesen sei. „Soziale Fragen“ sind schon in großer Zahl diskutiert worden. Aber zwei von ihnen sind mir da besonders im Blick:

Die erste ist die alte soziale Frage im 19. Jahrhundert. Sie lautet: Wie antwortet man in der beginnenden Industrialisierung auf gerechte Weise bei der Verteilung von Kapital und Arbeit? Diese Frage hat bedauerlicherweise Karl Marx schneller beantwortet als viele andere, was die Menschheitsgeschichte lange geprägt und viele Nachteile mit sich gebracht hat.

Die Antwort von Marx war das Kommunistische Manifest von 1848, auf welches die katholische Soziallehre erst mit Rerum Novarum 1891 eine Erweiterung fand. Vielleicht hat das mit dazu beigetragen, dass dann die Gesellschaft schon so gespalten war und die Ideologie schon so verfestigt war, dass sie zu einer der großen Diktaturen im 20. Jahrhundert geführt hat.

Den Begriff "Neue soziale Frage" hat Heiner Geißler in den 70er Jahren geprägt. Er versuchte die Frage zu beantworten, wie wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf organisieren könnten. Die alte soziale Frage sprach von Arbeit nur als Erwerbsarbeit. Geißler definierte dann in der Oppositionszeit der Union in den 70er Jahren die neue soziale Frage: Wie kommen wir zu einer Anerkennung und Neubewertung von Familienarbeit als Arbeit. Das ist in der Regierungszeit Helmut Kohls in den 80er Jahren umgesetzt worden: Zum ersten Mal wurden Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt. Das ist 20 Jahre her.

Jetzt stehen wir wieder vor einer neuen sozialen Frage. Jedenfalls eine, die uns die nächsten Jahrzehnte im 21. Jahrhundert beschäftigen wird. Und Wilhelm Staudacher hat eben dieses neue Ministerium beschrieben. Als der Ministerpräsident relativ spät, nämlich drei Tage vor seiner eigenen Wahl, anrief und fragte: „Willst du Generationenminister werden?“, habe ich zuerst gedacht, was ist das denn? Einen Generationenminister gab es in Nordrhein-Westfalen noch nicht, es gibt ihn auch in keinem anderen Bundesland. Aber wenn ich jetzt ein Jahr Revue passieren lasse, sehe ich, wie viele Fragen ganz eng mit diesem Thema zusammenhängen.

Ich glaube, dass die Integrationsfrage und das neue Denken, das wir im Jahr 2006 in der Integrationspolitik erlebt haben, ganz eng mit der Generationenfrage zusammenhängt. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen: Wir sind eine alternde Gesellschaft. Das Jahr 2006 brachte einen Wendepunkt in der demographischen Entwicklung. Erstmals gibt es mehr über 65jährige als unter 20jährige. Das ist das erste Novum des Jahres 2006.

Zugleich haben wir die niedrigste Geburtenzahl seit dem 2. Weltkrieg. Seit 60 Jahren sind nicht mehr so wenige Kinder geboren worden wie im Jahre 2005, nämlich 670.000. Und diese Tendenz setzt sich fort.

Insofern müssen wir darüber nachdenken, wie eigentlich eine Gesellschaft in 20 Jahren aussieht. Und „Zukunftsblicke“ erlaubt ja, dass man auch mal 20 Jahre vorausschaut.

Dann werde ich selbst 65 Jahre alt sein und wir werden plötzlich eine riesige Mehrheit der Bevölkerung bilden. Wir sind die geburtenstarken Jahrgänge der 60er. Die meisten Geburten in Deutschland hatten wir 1964 mit 1,3 Millionen. Die werden dann alle in den Ruhestand gehen. Da Politik die Neigung hat, auf die vielen Wählerstimmen zu achten, ist klar, dass das gesamte gesellschaftliche Interesse dann auf diese Gruppe gerichtet ist und von Jahr zu Jahr zunehmen wird.

Es stellt sich die Kernfrage, wo bleiben eigentlich Kinder, Jugendliche und Familien in einer solchen Gesellschaft? Wo finden sie noch ihre Interessen auch im politischen Meinungskampf, wenn sie so marginalisiert werden?

Und zweitens, wie sehen eigentlich unsere Städte aus? Wir werden ja immer fitter, immer gesünder, ein heute 60jähriger ist vergleichbar einem 50jährigen vor 15 Jahren, so dass die Gruppe der dann 60jährigen, 62jährigen, 64jährigen, gesellschaftliche Prozesse noch ganz aktiv prägen wird. Sie werden sich nicht in den Lehnstuhl am Kamin setzen und darauf warten, wie ihr Lebensabend verläuft, sondern sie werden aktiv in gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Das erleben wir heute schon, und in 20 Jahren wird sich diese Situation noch einmal wesentlich verstärkt haben.

Deshalb werden wir auch zu einer neuen Sicht der Älteren kommen müssen, wie es Frank Schirrmacher in seinem Buch "Das Methusalem-Komplott" schon beschreibt. Wir müssen heute anders über das Alter nachdenken, wenn wir in 20 Jahren nicht einen heftigen neuen Generationenkonflikt erleben wollen. Das ist die eine Frage.

Die Zweite, die sich daraus ableitet, lautet: Was müssen wir dann heute im Altenbild ändern?

Wenn man nach dem Ausstieg aus dem Beruf jetzt noch eine Lebensperspektive von 20 bis 25 Jahren hat, dann hat das Bedeutung für bürgerschaftliches Engagement, dann will diese Zeit sinnvoll gefüllt sein, und dann hat das natürlich auch ökonomische Auswirkungen. Wir haben ein eigenes Referat im Ministerium, das sich der „Seniorenwirtschaft“ widmet, auf europäischer Ebene nennt man sie „Silver Economy“.

Sie soll jetzt auch in die Lissabon-Strategie integriert werden, wo der, der innovative Produkte für Ältere entwickelt, sich einen riesigen Markt in der gesamten Europäischen Union und weit darüber hinaus sichert.

Das betrifft etwa barrierefreie Bäder oder elektronische Geräte. Auf der CeBIT ist der neuste Trend, dass Handys eben nicht immer kleiner und komplizierter werden, sondern dass sie auch wieder lesbarer und für ganz andere Gruppen attraktiv gemacht werden, dass sie generationengerechter sein müssen. Und wer als erster Produkte herstellt, die das Leben angenehmer machen, ein Auto beispielsweise mit einem weniger tiefen Einstieg als in manchen heutigen Modellen, hat einen riesigen Markt vor sich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass allein in Nordrhein-Westfalen 100.000 neue Arbeitsplätze in diesem Feld entstehen könnten, weil eine kaufkräftige ältere Generation heute ganz anders mit Geld umgeht.

Vor 20, 30 Jahren sagten die Älteren noch: Unser Erspartes wird den Kindern zugute kommen. Heute ist die ältere Generation selbstbewusst und gibt ihr Geld selbst aus. Der Tourismus etwa ist ein boomender Bereich. Aber man entscheidet sich heute durchaus noch mit 70 Jahren für den Kauf einer neuen Küche, die vielleicht 15 bis 20 Jahre hält.

Diese völlig neue Mentalität hat also auch ökonomische Auswirkungen.

Deshalb hat Jürgen Rüttgers das Themenfeld Generationen und Senioren herausgenommen aus dem Arbeits- und Sozialministerium, wo man speziell an Rente, Gesundheitsfragen oder Krankenhäuser denkt, und ein eigenständiges Ressort gebildet, um diese volkswirtschaftliche Dimension auch als eigenständiges Politikfeld deutlich zu machen.

Diese Frage wird uns beschäftigen. Der demographische Wandel ist der Globalisierung durchaus vergleichbar. Man muss nicht darüber streiten, ob er gut ist oder schlecht, ob man ihn will oder nicht - er ist da. Auch wenn morgen alle Menschen zwei oder drei Kinder bekommen würden.

Die Frauen, die in 30 Jahren Kinder bekommen werden, sind heute schon geboren. Deshalb ist demographischer Wandel immer ein sehr langfristiger Prozess, den man auch nicht von einem Tag auf den anderen durch Politik ändern kann. Wir müssen uns auf schrumpfende Städte, auf sinkende Einwohnerzahlen, auf eine Veränderung der Lebensverhältnisse und auf eine ältere Gesellschaft einstellen.

Wenn das so ist, stellt sich als nächstes die Frage, wer arbeitet denn eigentlich in 20 Jahren, wenn ich 65 bin? Und wenn sie dann noch einen Schritt weiter denken, wird ihnen bewusst, dass in den Städten des Ruhrgebiets oder in Berlin, Köln, München und Stuttgart rund 40% der Kinder heute schon eine Zuwanderungsgeschichte haben. Es ist klar, dass es nicht funktionieren kann, wenn diese Kinder mit geringen Deutschkenntnissen in die Schule kommen, in der Grundschule schon schlechter sind, weil sie die Sprache nicht sprechen, der Misserfolg in der weiterführenden Schule vorgezeichnet ist, und sie überdurchschnittlich oft ohne Schulabschluss direkt in die Hartz IV-Sozialsysteme wandern.

So kann eine älter werdende Gesellschaft nicht funktionieren. Und deshalb ist Integrationspolitik auch in ihrer Argumentation an einem Wendepunkt.

Wir hatten zwei große Motivationen für Integrationsanstrengungen in den letzten Jahrzehnten:

Die eine lieferten die Kirchen, die sich sehr um Integration bemüht haben, hergeleitet aus einer biblischen Weisheit aus dem Alten Testament: Im Buch Levitikus steht geschrieben: "Den Fremden auch in der Fremde annehmen".

Also eine ur-jüdisch-christliche Grundüberzeugung, dass man einen Fremden, wenn er in der Fremde lebt, als Menschen gleichberechtigt in seiner Gottesebenbildlichkeit annimmt. Das war die christliche Motivation für Integrationspolitik im letzten Jahrzehnt.

Und die zweite Begründung lieferten die Gewerkschaften. Sie vertraten das Konzept "Solidarität am Arbeitsplatz". In den 70er Jahren gab es die Kampagne mit der gelben Hand „Mach meinen Kumpel nicht an!“.

Schon damals wurde so für die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz geworben. Im Betriebsverfassungsgesetz von 1972 wurde bereits verankert, dass bei den Mitbestimmungswahlen jeder seinen Betriebsrat und die, die in den mitbestimmten Unternehmen Verantwortung übernehmen, mitwählen kann, unabhängig von Nationalität, Herkunft und Staatsbürgerschaft. Ich war übrigens letzthin bei der IG Bergbau und habe gesehen, dass es die Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!“ immer noch gibt.

Da ist also Integration schon sehr, sehr früh gelungen, und das waren die beiden großen Strömungen, die sich um das Thema gekümmert haben.

Der Rest der Gesellschaft erkennt erst allmählich die Bedeutung der Integrationspolitik. Man merkt zunehmend, dass wir in unserer Gesellschaft immer weniger werden, und dass deshalb jeder, der hier lebt und auf Dauer hier bleibt, optimal gefördert werden muss. Er braucht beste Bildungs- und Karrierechancen, weil nur so unsere Gesellschaft funktionieren kann.

Aber die Grundfrage ist, warum passiert das erst jetzt? 1955 hat Konrad Adenauer das erste Zuwanderungsabkommen mit Italien geschlossen. Zuwanderung gab es immer schon. Das ganze Ruhrgebiet ist ja ohne Zuwanderung nicht erklärbar. In Essen lebten 1870 5.000 Einwohner und in Dortmund und Gelsenkirchen sah es nicht anders aus. Die ganze Industrialisierung des Ruhrgebiets ging nur dank Zuwanderung.

Die Menschen kamen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und vor allem aus Polen oder den benachbarten Regionen. Viele Familiennamen im Ruhrgebiet bezeugen das bis heute.

Diese Zuwanderung aus dem Osten endete mit dem Eisernen Vorhang. Plötzlich kam niemand mehr aus dem Osten, auch nicht aus den ehemaligen Ostgebieten des Reiches, weil der Eisernen Vorhang dies verhinderte. Gleichzeitig bestand aber ein riesiger Arbeitskräftebedarf beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb entschloss sich Konrad Adenauer 1955 ein Abkommen mit Italien zu schließen.

Danach gingen regelrechte Werbekolonnen nach Italien und warben dafür, dass Arbeitskräfte von Italien nach Deutschland kommen sollten. Sie beschworen die Menschen: "Leute kommt zu uns. Duisburg ist schöner als Florenz". Hier habt ihr Zukunft, hier habt ihr Arbeit! Sie mussten ja die Italiener überzeugen, aus ihrer Heimat nach Deutschland zu gehen, in ein Land, wo es nicht nur klimatisch kalt war, und das auch nicht sehr freundlich zu denen war, die 1955 kamen.

Die grundlegende Fehleinschätzung der damaligen Zeit in Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft gleichermaßen war die Annahme, das seien „Gastarbeiter“, die kommen, aber auch wieder gehen. Deshalb hat man keine Integrationspolitik betrieben. Aber es war nicht nur ein Fehler der deutschen Gesellschaft. Jeder, der kam, wollte für ein paar Jahre in dieses Deutschland gehen, dort arbeiten, sein Geld nach Hause zur Familie schicken, manchmal diese auch nachholen, und nach einigen Jahren, aber spätestens am Lebensabend wieder in die Heimat zurückkehren.

Integration funktionierte durch Arbeit. Am Arbeitsplatz war man integriert, man war finanziell versorgt, hatte sogar Geld übrig, um es in die Heimat zu schicken. Was man abends zu Hause machte, ob man da Deutsch oder Italienisch sprach, war völlig egal, weil die Integration am Arbeitsplatz halt funktionierte. Alles andere war Privatsache.

Schließlich kamen nicht mehr genügend Italiener nach Deutschland. Deshalb wurde die Zuwanderungspolitik 1961 mit dem großen Abkommen mit der Türkei erweitert. Damit kam vor 45 Jahren erstmals eine neue Kultur mit einer neuen Religion in das Land. Wir haben 45 Jahre gebraucht, um wahrzunehmen, dass Muslime bei uns leben und dass wir einen strukturierten Dialog mit dem Islam führen müssen.

Seit 1961 kamen mehrere Millionen Menschen ins Land. Sie wurden angeworben für die Industriearbeitsplätze. Diese Industriearbeitsplätze gibt es heute aber nicht mehr in dem Umfang wie damals.

Wir haben damals Menschen ganz bewusst in den bildungsfernsten Schichten der Türkei angeworben. Wir haben sie nicht angeworben bei den Eliten in Istanbul, sondern da, wo überhaupt keine Bildungstradition bestand, in Südostanatolien. Wir haben sie hierher geholt, weil wir sie an den Industriearbeitsplätzen brauchten. Und von diesen Menschen erwarten wir jetzt, dass sie den Sprung von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft schaffen.

Dieser Sprung fällt uns selbst schon schwer. Jede Pisa-Studie zeigt, dass wir noch keineswegs optimal in der Lage sind, den Sprung von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft zu schaffen.

Deshalb hängt Integrationspolitik heute zu großen Teilen von Sozialfragen ab. Die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch, die Jugendarbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch, die Zahl derer, die gar keinen Berufsabschluss oder Schulabschluss haben, ist überdurchschnittlich hoch.

Das war Anfang der 70er Jahre noch anders. Damals - man hält es kaum für möglich - hatten wir eine Arbeitslosenquote von 1,1%, bei den Ausländern lag sie bei 0,8%. Sie war geringer als bei den Deutschen, weil diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, zum Teil in die Heimat zurückkehrten. Das hat die Statistik noch ein bisschen geschönt, aber darüber hinaus waren die Arbeitsplätze, die gebraucht wurden, meistens von Ausländern besetzt. Diese 1,1% bei den Deutschen, ein verschwindend geringer Prozentsatz im Vergleich zu den heutigen Zahlen, waren eher akademische Arbeitsplätze. Bei den Industriearbeitsplätzen gab es so gut wie keine Probleme.

Das ist heute exakt umgekehrt. Die Arbeitslosigkeit bei Zuwanderern liegt bei 23%. Sie sind fast doppelt so oft arbeitslos wie Deutsche. Insofern hängen meiner Meinung nach Perspektivlosigkeit, Gewalt, und das, was man als Parallelgesellschaft bezeichnen könnte, wobei man über diesen Begriff noch sprechen müsste, ganz stark von sozialer Perspektivlosigkeit ab und weniger von Religion oder kulturellem Hintergrund.

Schließlich stellen sich bei Zuwanderern, die Arbeit haben, diese Probleme meist nicht, um die es dann in der Integrationsdebatte geht. Diese beiden Themen hängen also ganz eng zusammen und über die beiden wollen wir ja heute sprechen.

Das Dritte in der Mitte des Ministeriums Familie und Frauen, ist ein eigenes Thema. Wie gelingt heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Wie nutzen wir auch in einer älter werdenden Gesellschaft das Potential der bestausgebildeten Frauengeneration, die wir je hatten? Die ganze Frage Elterngeld, alles das, was da im Moment diskutiert wird, ist eine dritte Säule, die wir aber heute nicht behandeln können. Wir sprechen über die beiden anderen Themen.

Warum aber plötzlich dieser Wandel? Das Jahr 2006 ist aus meiner Sicht das Jahr der Integration. In diesem Jahr ist mehr bewegt worden, als in vielen Jahrzehnten vorher. Zum ersten Mal lädt eine Bundeskanzlerin - nach über 50 Jahren Zuwanderung - Migrantenorganisationen zu einem Integrationsgipfel ins Kanzleramt ein. Es gab alle möglichen Gipfel im letzten Jahrzehnt - Klimagipfel, Umweltgipfel, Steinkohlegipfel, Hartzgipfel, alles mögliche hat gegipfelt im Kanzleramt. Aber noch kein Bundeskanzler ist auf die Idee gekommen, Integrationspolitik zum Gipfelthema zu machen, Bundesminister, Ministerpräsidenten, Sport, Wirt-

schaft, Gewerkschaften gemeinsam mit Migrantenorganisationen ins Kanzleramt einzuladen und vor die Frage zu stellen: Wie lösen wir die Probleme, die vor uns liegen?

Das hat dieses Jahr stattgefunden.

Und zum ersten Mal sagt ein Bundesinnenminister: Wir brauchen einen strukturierten Dialog mit dem Islam.

Drei Millionen Muslime leben in Deutschland. Wolfgang Schäuble hat gesagt, der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft und wird es auf Dauer bleiben. Diese Erkenntnis kommt eigentlich relativ spät.

Wir haben ein organisiertes Verhältnis zu den christlichen Kirchen, ins Grundgesetz übertragen aus dem Konkordat in der Weimarer Reichsverfassung, aber wir haben kein geregeltes Verhältnis mit dem Islam, wir haben in keinem einzigen Bundesland einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht.

Wir haben nicht einmal eine einheitliche Vertretung der Muslime, weil diese in unterschiedlichen Verbänden organisiert und bisher nicht zu einer Stimme gekommen sind. Wir haben zahlreiche ungeklärte Fragen. Und deshalb ist auch das ein wichtiges Ereignis gewesen, dass Wolfgang Schäuble zu dieser Konferenz eingeladen hat.

Und das Dritte: Wir haben nach langen, langen Diskussionen eine beginnende Einigung der Innenminister in der Bleiberechtsfrage. Die Bleiberechtsfrage war seit fast 20 Jahren nicht lösbar. Aber es ist natürlich absurd in einer Gesellschaft, die älter wird, die immer weniger Kinder hat, ausgerechnet gut ausgebildete Kinder, die knapp vor dem Abitur stehen, aus den Klassen herauszuholen und in ein Land abzuschicken, dessen Sprache sie nicht sprechen, das sie nie kennengelernt haben, nur, weil sie bisher einen Duldungsstatus hatten. Damit bleibt dieses Potential deutschsprechender, gut integrierter, gut ausgebildeter Kinder ungenutzt. Jetzt haben die Innenminister zum ersten Mal gesagt, wir brauchen eine Bleiberechtslösung für den, der Deutsch spricht, gut integriert ist, Arbeit hat und den wir dringend brauchen und eigentlich nicht abschieben sollten.

Bisher sind humanitäre Gründe vielfach diskutiert worden. Aber warum eine Gesellschaft, die immer weniger wird, ausgerechnet die, die gut ausgebildet sind und Arbeit haben, abschiebt, war schwer erklärbar. Auch da ist in diesem Jahr erstmals der Durchbruch gelungen.

In der deutschen Öffentlichkeit herrscht noch immer das Gefühl vor, wir hätten ein quantitatives Zuwanderungsproblem. Die Diskussion, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, ist schon 20 Jahre alt und deshalb auch so schwierig. Diejenigen, die gesagt haben, Deutschland sei kein Einwanderungsland, waren der Meinung, wir können nicht wie die USA jährlich mehrere 100.000 Menschen aufnehmen, weil es bei uns Integrationsprobleme gibt, wenn wir zu viel Zuwanderung haben.

De facto sind wir jedoch ein Einwanderungsland und es kommen jedes Jahr mehrere 100.000 Menschen. Aber wir haben nie eine Einwanderungspolitik gemacht, Sprache abverlangt, Integration abverlangt, all das, was Einwanderungsländer machen, weil wir die Realität verleugnet haben.

Und das liegt insbesondere an dem Wandel der 80er zu den 90er Jahren. Zwischen 1989 und 92 beantragten pro Jahr 300.000 bis 400.000 Asylbewerber über den alten Artikel 16 des Grundgesetzes Asyl, welches ein individueller Rechtsanspruch war. Es gab viele, die an der Grenze sagten, sie seien politisch verfolgt. Dann konnten sie fast 10 Jahre lang sämtliche Rechts- und Verwaltungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht durchlaufen. Dann verfestigte sich der Aufenthaltsstatus, Kinder wurden geboren, und die Menschen wurden am Ende trotz Ablehnung nicht mehr abgeschoben.

Das fand Jahr für Jahr statt. Das war das einzige Instrument zur Zuwanderung.

1991 begann der Krieg auf dem Balkan, mehrere 100.000 Bürgerkriegsflüchtlinge kamen in die Europäische Union, der allergrößte Teil kam in die Bundesrepublik Deutschland.

1989, nach dem Fall der Mauer, kamen über 1 Million Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion allein nach Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen vor Ort standen vor riesigen Integrationsproblemen. Die Menschen wurden in Turnhallen, in Schulen und anderswo untergebracht, um sie überhaupt aufnehmen zu können.

Dieses Gefühl, das Boot sei voll, es werden viel zu viele, das können wir gar nicht verkraften, dominiert bis heute. Wir haben eine gefühlte Zuwanderung, die überhaupt nicht mehr real ist.

Seit der Änderung des Asylrechts 1993 haben wir noch 20.000 bis 25.000 Asylbewerber für ganz Deutschland mit sinkender Tendenz. Aussiedler haben wir so gut wie überhaupt keine mehr. Wir stehen in Nordrhein-Westfalen kurz vor der Schließung der Übergangsstelle Unna-Massen, weil keine Aussiedler mehr kommen.

Und die vielen, die wir durch das Zuwanderungsgesetz anwerben wollten, die Eliten der Welt, die nach Deutschland kommen sollten, sind bei denen, die nach § 19 Ausländergesetz gekommen sind, 319 im Jahr.

Die Eliten der Welt sollen kommen, sie tun dies aber nicht, weil Deutschland so attraktiv gar nicht mehr ist, weil viele junge Hochschulabsolventen an den Elite-Unis Deutschland unser Land eher verlassen. Von den Zahlen her sind wir fast eher Auswanderungsland als Einwanderungsland.

Unser Ministerpräsident war letzthin in den USA und hat dafür geworben, dass junge Deutsche, die dort die Hochschule absolviert haben, wieder zurückkommen. Also wir haben eher einen gegenteiligen Trend. Trotzdem glaubt die Bevölkerung noch immer, wir hätten ein Zuwanderungsproblem. In Wirklichkeit haben wir aber schon fast ein Fachkräfteproblem, in manchen Bereichen ist der Mangel bereits spürbar, und er wird von Jahr zu Jahr zunehmen.

Wir brauchen aktuell aber keine große Einwanderungskampagnen, sondern eine realistische Integrationspolitik, die anerkennt, dass wir Einwanderungsland sind, und die genau da ansetzt.

Ich bin froh, dass die deutsche Ratspräsidentschaft, wie heute erneut in Brüssel deutlich geworden ist, das auch zum Thema machen wird.

Der Bundesinnenminister hat hierzu ein Modell zirkulärer Migration vorgeschlagen. Wir stellen zunehmend auch in der Entwicklungszusammenarbeit fest, dass die Diasporagemeinden, etwa der Afrikaner in Nordrhein-Westfalen, mehr an Wissen, an Transfer, an Know-how, auch an Geld, zurück überweisen, als die gesamte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit.

Die Nutzung dieses Potentials, die Zulassung zirkulärer Migration, wo man ein halbes Jahr in dem einen Land und ein halbes Jahr in dem Heimatland ist, könnte auch die Migrationsprobleme in der Europäischen Union in eine ganz neue Dimension bringen.

Insofern ist das eine wichtige Frage, die innerhalb des nächsten Halbjahres sicher thematisiert werden wird.

Wach geworden ist die deutsche Öffentlichkeit durch drei, vier relativ banale Ereignissen, die jedoch dann große Diskussionen ausgelöst haben.

Das eine waren die Unruhen in Frankreich, die allerdings keineswegs banal waren. Die Polizei konnte fast zwei Wochen lang nicht verhindern, dass 30.000 Autos brannten, dass Nacht für Nacht die innere Sicherheit in den Städten nicht herzustellen war, und dass der Funke aus einem verhältnismäßig kleinen Vorfall in Paris übersprang nach Toulouse, Marseille, Nizza und Straßburg, aber erstaunlicherweise nicht von Straßburg über den Rhein nach Kehl, Freiburg oder Karlsruhe.

Das beweist meines Erachtens, dass Integration bei uns nicht gescheitert ist. Denn wenn dies ein flächendeckendes Phänomen wäre, wäre bei den heutigen modernen Kommunikationsmechanismen der Funke sehr leicht übergesprungen und wir hätten die gleiche Situation auch in unseren Städten gehabt.

Etwas Vergleichbares wie in den Banlieus von Paris, in den Vorstädten, wo sich der Staat weitgehend zurückgezogen hat, wo es kaum soziale Infrastruktur mehr gibt, wo jeder, der da lebt, perspektivlos ist und keine Chance sieht, in die französische Gesellschaft hineinzukommen, haben wir in Deutschland nicht. Und man muss ja zusätzlich anmerken, die jungen Leute sprachen alle Französisch und waren französische Staatsbürger.

Also sind die Sprache und die Staatsbürgerschaft alleine nicht entscheidend. Entscheidend ist die Perspektivlosigkeit für einen selbst. Aber ohne Sprache hat man von vornherein keine Chance. Deshalb setzen wir bei Sprache an.

Das zweite Ereignis fand an der Rütli-Schule in Berlin statt. Dort setzten die inzwischen normal gewordenen Kommunikationsmechanismen ein: Die Lehrer sagten dem Schulsenator, wir schaffen das nicht mehr an der Schule. Viele meinen ja heute, eventuell hätte es auch an diesen Lehrern gelegen, denn inzwischen hat die Rütli-Schule eine engagierte Lehrerschaft, die das Thema ganz anders anpackt.

Wie auch immer, jedenfalls wusste die ganze Republik ab dem Moment, an dem dieser Appell den Schulsenator erreichte, innerhalb von wenigen Stunden woran das liegt und was jetzt zu tun ist.

Ich will gar nichts über die Lehrer, die Schule und die Schüler sagen, sondern nur darauf hinweisen, wie wir so etwas medial wahrnehmen.

Der Gipfel der Kanzlerin war nebenbei eine Antwort auf Rütli. Rütli passiert, die Fernseh-teams marschieren dahin, machen die Jugendlichen noch ein bisschen aggressiver, damit sie vor der Kamera noch ein bisschen brachialer auftreten und schon diskutiert das ganze Land über das Thema. Im Süden der Republik ist die Antwort ganz einfach: Abschieben.

Alle 400 Jugendlichen in einen Bus und abschieben. Auf der Linken das gleiche Phänomen. Frau Roth sagt ja, haben wir immer schon gesagt: Hauptschulen abschaffen. Das ist ein Problem der Hauptschule.

Es wird jedes Thema, das einem selbst am Herzen liegt, plötzlich an einem solchen Vorfall aufgehängt.

Ich habe mich gefragt, was eigentlich passiert wäre, wenn der Amokläufer von Emsdetten oder der von Erfurt ein Türke gewesen wäre. Dann hätten wir eine Integrationsdebatte. Jetzt haben wir eine Debatte über Killerspiele. In Erfurt sagte niemand, wir müssen die Gymnasien abschaffen, weil der Amokläufer ein Gymnasiast war. Wäre es eine Hauptschule gewesen, hätte man über die Hauptschule diskutiert, wäre es ein Türke gewesen, hätte man über Integration diskutiert.

Das zeigt aber, wie virulent das Thema ist, wenn solche Einzelereignisse eine solche Debatte auslösen können.

Drittes Ereignis: Hoover-Schule in Berlin. Da beschließen vor über einem Jahr, Lehrer, Eltern und Schüler: Wir reden in der Pause Deutsch, um unsere Sprachkompetenz zu verbessern. Der pakistanische Elternvertreter wie der türkische Schülersprecher finden das richtig. Die Schüler wollen nicht nur 45 Minuten im Unterricht Deutsch reden, sondern auch danach ihre Sprachkompetenz stärken. Politiker aber gehen auf den Schulhof, und sagen, dies sei Diskriminierung.

Über den Vorgang berichtete über ein Jahr nach dem Beschluss eine türkische Zeitung, dann wurde der Bericht übersetzt und in deutschen Zeitungen abgedruckt. Seit dem Zeitpunkt begann die Debatte, die allerdings auch zur Klärung beigetragen hat. Sie stellte nämlich klar, dass Sprache ein ganz wesentliches Mittel der Integrationspolitik ist. Niemand bestreitet heute, dass die deutsche Sprache wichtig ist, um sich hier zu integrieren. Vor 10 Jahren wurde das politisch noch als „Zwangsgermanisierung“ verunglimpft. Lasst doch die Kinder ihre Sprache sprechen. Warum müsst ihr sie zwingen, Deutsch zu sprechen?

Ich glaube, alle, die dies vor 10 Jahren gesagt haben, haben sich an einer ganzen Generation von Kindern versündigt, die heute 17, 18 Jahre alt sind und keine Chance mehr haben, jetzt das nachzuholen, was im frühesten Kindesalter hätte beginnen müssen.

Beide politischen Lager, das ist auch das Besondere des Jahres 2006, haben sich aufeinander zu bewegt. Die Union erkennt, wir sind ein Einwanderungsland, sie erkennt übrigens auch, dass wir eine Gesellschaft vieler Kulturen sind. Und wenn der Innenminister einen strukturierten Dialog mit dem Islam führt, muss es ja scheinbar eine andere Religion geben, als die, die wir bisher kannten, sonst bräuchte man keine deutsche Islamkonferenz.

Realität in Deutschland ist, hier leben nicht nur Christen und Juden, sondern auch Muslime. Wir sind eine Gesellschaft vieler Kulturen. Multikulturell heißt aber nicht, jeder macht was er will. Es bedeutet vielmehr, keiner kann aus seiner Kultur Rechte ableiten, die über das Grundgesetz hinausgehen. Das ist das Gegenstück zur Anerkennung vieler Kulturen, und deshalb beginnt auch jetzt die Debatte unter den Zuwanderern selbst.

Insbesondere viele türkische Autorinnen wenden sich gegen Zwangsverheiratung, gegen häusliche Gewalt und Ehrenmorde. Sie artikulieren das und nehmen auch für sich die Rechte des Artikels 3 des Grundgesetzes in Anspruch, das eben dies garantiert. Auch diese Debatte hat 30 Jahre nicht stattgefunden. Sie findet in dieser Offenheit erst jetzt statt, wo man sich auf einer Basis bewegt, in der man anerkennt, dass unterschiedliche Kulturen da sind. Und die deutsche Sprache habe ich eben erwähnt, auch da fordert heute niemand mehr, dass Deutsch nicht Grundvoraussetzung sein soll.

Auch hier haben sich die politischen Lager auf einander zu bewegt. Es wäre ein Gewinn, wenn die Integrationspolitik aus dem parteipolitischen Streit herausgehalten werden könnte. Alle haben Fehler gemacht in den letzten Jahren und insofern ist es jetzt auch die Aufgabe aller, hier einen Neubeginn zu machen und zur Anerkennung zu kommen.

Wenn es stimmt, dass es unterschiedliche Kulturen gibt, aber man muss Bedingungen formulieren, so heißt das für den Religionsunterricht, es muss islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach geben. Und wir setzen uns dafür ein, dass das bekenntnisorientierter Religionsunterricht ist. Nicht LER à la Brandenburg, nicht à la Berliner Praxis, sondern so, wie es im Grundgesetz steht, in der Verantwortung der Religionsgemeinschaft. Und deshalb ermutigen uns erstaunlicher Weise gerade die Kirchen, die Vertreter der Katholischen Bischofskonferenz und der EKD zu diesem bekenntnisorientierten Religionsunterricht.

Auch der Papst hat, als er in Nordrhein-Westfalen war, den Ministerpräsidenten ermutigt, diesen bekenntnisorientierten Religionsunterricht einzuführen unter den gleichen Bedingungen, wie er für den christlichen Unterricht gilt. In deutscher Sprache, von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht. Und das ist es, was jetzt beginnen muss.

Dass das, was in der Islamkonferenz vorbereitet wird, in konkrete Praxis in jeder Schule einmündet, nämlich einen Religionsunterricht zu erteilen, der auf der Basis des Grundgesetzes steht und all die Kriterien erfüllt, die ich beschrieben habe.

Unser Problem ist, uns fehlt der Ansprechpartner. Deshalb haben wir gesagt, wir warten nicht bis zum Nimmerleinstag. Wir haben vier Verbände, große Verbände, DITIB als den wichtigsten, größten, der ganz eng an die türkische Regierung gebunden ist, der einen säkularen Religionsunterricht vermitteln könnte. Die könnten morgen beginnen. Aber das muss nach unserem Staatskirchenverhältnis eine Religionsgemeinschaft mit einer gewissen Unabhängigkeit sein. Die kann natürlich nicht aus dem Religionsministerium mit Ankara geleitet und gesteuert werden. Die Imame werden von dort wie Diplomaten entsandt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hilft jetzt erfreulicherweise, sie wenigstens auf unser Land vorzubereiten, Integrationskurse zu machen, Deutschkenntnisse zu vermitteln, was bisher in dem Maße nicht üblich war. Jeder Imam muss Deutsch können. Er muss mit dem Kaplan in der Nachbargemeinde sprechen können, damit Dialog auch möglich wird, damit er weiß, wie die Verhältnisse vor Ort sind, in dem Land, in das man hineingeht. Da ist die türkische Regierung mit auf dem Weg. Aber auf Dauer kann natürlich kein Verband, der so eng an ein Religionsministerium geknüpft ist, Gesprächspartner unseres Staates sein.

Die Debatte haben wir übrigens auch bei der katholischen Kirche hinter uns. Wenn Sie sich an den Kulturkampf mit Bismarck erinnern, an den Vorwurf, ihr seid die Ultramontanen, die quasi aus Rom gesteuert werden, wie die katholische Kirche lange definieren musste, dass sie eben unabhängig ist und nicht aus Rom gesteuert ist. Da haben wir 30, 40 Jahre, gerade als Rheinländer unter den preußischen Königen gelitten, die das immer indirekt unterstellten und auch der Bismarck'sche Kulturkampf gegen die Katholiken war davon geprägt. Das ist gar nichts Neues.

Aber es ist klar, dass eine Religionsgemeinschaft, die hier selbst verankert sein muss, sich hier Gremien schaffen muss, die dann als Gesprächspartner des Staates zur Verfügung stehen.

Bei DITIB haben wir den großen Vorteil - und das ist aus meiner Sicht ohnehin der Vorteil unserer Integrationspolitik, auch der große Unterschied zu Frankreich - dass die große Mehrheit der Muslime türkische Muslime sind. Die kennen seit 80 Jahren die Trennung von Staat und Religion. Seit Atatürk das Land gleichsam auf den Weg nach Europa gezwungen hat, ist anerkannt, dass Staat und Religion zweierlei sind. Das ist in Frankreich nicht bei jedem Jugendlichen aus den arabischen Ländern, meistens aus den Mittelmeerländern, gleichermaßen gegeben.

Sie haben bei den Jugendlichen dort eine latent antiwestliche Haltung, eine durch die Kolonialzeit geprägte Haltung gegenüber Frankreich, antiamerikanisch ohnehin, anti-israelisch durch den Nahostkonflikt und dann zum Teil ins Antisemitische ableitend, eine völlig andere Wahrnehmung als die türkischen Muslime bei uns haben. Ein Osama Bin Laden hat für einen Türken genauso wenig Ausstrahlungskraft wie für uns. Die können diese Gedankenwelt gar nicht nachvollziehen. Das ist in Frankreich bei vielen Jugendlichen völlig anders und insofern ist unsere Chance auf einen deutschen oder europäischen Islam wesentlich größer als mit jeder anderen Gruppe, weil die Türkei das schon seit 80 Jahren auch so gepflegt hat. Bei dem Weg zur europäischen Verfassung hat sie mitgewirkt, ihre Vertreter saßen schon im Konvent und haben all die Grundrechte mitgezeichnet, die man mit anderen erst mühsam erkämpfen muss. Das ist die große Chance.

Wir haben aber vier Verbände insgesamt, mit unterschiedlichen Nationalitäten, die bisher nicht zusammenkommen. Wir wollen aber nicht bis zum St. Nimmerleinstag warten. Wir ermutigen zur Bildung einer örtlichen Schura, in Duisburg und in Köln, wo die Moscheegemeinden ihre Vertretung wählen. Die ist dann demokratisch legitimiert, bildet einen theologischen Beirat, und mit dieser Institution kann dann der Staat in ein Gespräch über Religionsunterricht eintreten.

Damit machen wir etwas, was die Österreicher schon vor 90 Jahren gemacht haben. In Österreich hat diese Körperschaft des öffentlichen Rechts, die die islamische Gemeinschaft vertritt, schon seit dem Kaiserreich einen rechtlichen Status und das liegt daran, dass das Habsburgerreich natürlich Bosnien-Herzegowina als Bestandteil hatte, da im Habsburgerreich Muslime lebten, und man damals schon eine islamische Vertretung in Österreich geschaffen hat.

Das ist bei uns noch ein langer Weg. Das Ziel muss natürlich sein, dass man am Ende eines Prozesses zu einem neuen Religionskirchenverhältnis auch mit dem Islam kommt, vielleicht eine Körperschaft des öffentlichen Rechts hat, die lange Jahrzehnte braucht, eh sie bestehen kann, denn um zu diesem neuen Verhältnis zu kommen, bedarf es der Dauerhaftigkeit.

Im Jahr 2006 ist viel passiert. Meine Einschätzung ist, es ist deshalb passiert, weil wir plötzlich ganz anders wahrnehmen, wie wichtig Integrationspolitik ist. Dies ist auch damit begründet, dass wir in einer älter werdenden Gesellschaft das Potential jedes einzelnen Menschen brauchen, und das gilt gerade auch für die Kinder, für die hier geborenen Kinder der Zuwanderer.

Diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen, haben wir uns vorgenommen, und es spielt auch im nationalen Aktionsplan der Bundeskanzlerin eine ganz wesentliche Rolle.



Impressum

Akademie der
Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Tiergartenstr. 35
10785 Berlin
Telefon
+4930-26996-0